

**Protokoll
der 44. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 03. November 2015 im Bürgerhaus Rodheim**

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 22:45 Uhr

Anwesende Stadtverordnete:	
CDU	FDP
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
Hafner, Annegret	Jeuthe, Klaus-Dieter
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	
	Fraktionslos
Pfeiffer, Kurt	Harff, Gerald
Schnabel, Henrik	
See, Marco	Vom Magistrat waren anwesend:
von Griesheim, Alexander	Bürgermeister Alber, Thomas
Wendt, Thomas	Erster Stadtrat Sill, Heinz
SPD	Stadtrat Blöcher, Gottfried
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Kayacik, Hacı
Dietz, Eleonore	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Kröger, Jürgen	Stadtrat Schöniger, Arndt
Machalitzky, Jörg Jens	
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
See, Herbert	Abwesende Stadtverordnete
Stengel, Christian	Müller, Toni
	Zeidler, Reinhard
FWG	
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Abwesend vom Magistrat
Metzger, Gerhard	Stadträtin Dietrich, Petra
Soff, Walter	Stadtrat Wenzel, Klaus
Uhlherr, Adolf	
Bündnis90/Die Grünen	Schriftführer:
Topp, Andreas	Kraus, Andreas
Quägber-Zehe, Betina	
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Roth, Beate <i>bis 22:35 Uhr</i>	Vertreter der Presse
puR	
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	16 Zuhörer
Schön, Norbert	
Wyrwoll, Herbert	

Eröffnung der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 28. Oktober 2015 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Letztes Protokoll

Für das Protokoll der Sitzung vom 29. September 2015 liegt ein Änderungsvorschlag vor.

Herr Egerter schlägt vor, die Formulierung auf Seite 8 "Herr Egerter (CDU) beantragt die Aufhebung der Redezeit" wie folgt zu ändern:

"Bürgermeister Alber teilt mit, alle Fragen zur Lärmproblematik in der laufenden Sitzung zu beantworten. Herr Egerter (CDU) beantragt daraufhin die Aufhebung der Redezeit um zu vermeiden, dass Fragen alleine aufgrund des Zeitablaufes nicht mehr gestellt werden können".

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Änderungsvorschlag von Herrn Egerter abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**
(1 Enthaltung SPD)

Der Änderungsvorschlag ist angenommen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über das Protokoll der Sitzung vom 29.09.2015 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**

Das Protokoll ist angenommen.

Tagesordnung

Von Seiten des Ältestenrates wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam zu behandeln.

Desweiteren schlägt der Ältestenrat vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 ohne Aussprache zu behandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Haushaltsführung 2016 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019
- Einbringung des Entwurfs
4. Wiederkehrende Straßenbeiträge

- Bauprogramm für die Abrechnungsperiode 2016 bis 2020
- 5. Wiederkehrende Straßenbeiträge 2016 – 2020
 - Beschlussfassung der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBS)
- 6. Forstwirtschaft
 - Beschlussfassung des Waldwirtschaftsplanes 2016
- 7. Wahl eines Ortsgerichtsschöffen im Ortsbezirk Rosbach v.d. Höhe II (Rodheim)
- 8. Beratung der Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Rosbach v.d.Höhe
 - Erneute Beratung nach dem Widerspruch des BGM gegen den Beschluss der STVV vom 21.07.2015
- 9. Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2015
 - Wegweisende Beschilderung zum Rodheimer Schwimmbad
- 10. Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2015
 - Besserer Verkehrsfluss im Stadtgebiet
- 11. Anfrage der Bündnis90/Die Grünen Fraktion vom 16.09.2015
 - Einbruchdiebstahl im Rathaus 26./27. August 2015
- 12. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2015
 - Änderung der Kindergartensatzung vom 24.06.2014, Betreuungstatus beim Schuleintritt
- 13. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2015
 - Einrichtung Internetseite „Mängelbeseitigung“ und Beschwerdemanagement
- 14. Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015
 - Resolution: Erhalt des Freibads in Rodheim
- 15. Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2015
 - Radgerechtes Rosbach

Top 1 Mitteilungen

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke informiert über das festliche Sonntagskonzert des Musikvereins Harmonie Rodheim am 8.11.2015 um 16 Uhr im Bürgerhaus Rodheim.

Herr Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen.

Weiterhin informiert der Bürgermeister über die Unterbringung von Flüchtlingen:

Mit Zuweisungsbescheid vom Wetteraukreis werden der Stadt Rosbach für das letzte Quartal 58 Personen zugewiesen. Beginnend mit der ersten Zuweisung Anfang 2014 wurden Rosbach damit bereits insgesamt 165 Flüchtlinge zur Unterbringung zugewiesen.

1. Halbjahr	2014	27
2. Halbjahr	2014	24
1. Quartal	2015	15

2. Quartal	2015	18
3. Quartal	2015	23
4. Quartal	2015	58
	Gesamt	165

Bislang konnten bis zum heutigen Tag 118 Personen untergebracht werden. Derzeit leben 73 Menschen in den Unterkünften in Rosbach sowie 18 der Stadt Rosbach zugewiesenen Personen in der gemeinsam belegten Unterkunft in Hirzenhain. 27 Personen haben uns im Laufe der Zeit aufgrund Anerkennung oder Ablehnung des Asylantrags und damit erfolgter Ausweisung/Ausreise wieder verlassen.

Damit sind bis zum Jahresende noch 47 Personen aufzunehmen. Momentan stehen noch insgesamt 6 Unterbringungsplätze zur Verfügung; 3 davon in Hirzenhain.

Aufgrund des Aufnahmedrucks wird kurzfristig das leerstehende Verwaltungsgebäude „Die Sang 6“ zur Unterbringung vorbereitet. Das Objekt, das seit dem Auszug der Firma Rewe im Frühjahr dieses Jahres leer steht, soll im kommenden Jahr im Zuge der Entwicklung des Baugebietes „Sang“ abgerissen werden.

Hier können auf schnelle Art und Weise 47 Unterbringungsplätze geschaffen werden. Der Aufwand dafür hält sich vergleichsweise in Grenzen: Die bisherigen Büros befinden sich in einem guten Zustand, so dass diese nur mit Möbeln als Schlaf- und Wohnräume eingerichtet werden müssen; im Kellergeschoss befinden sich ausreichend Sanitäreinrichtungen. Lediglich eine Rettungstreppe aus dem Obergeschoss musste aufgrund von Auflagen der Brandaufsicht installiert werden. Eine solche stand noch aus der Umbaumaßnahme Kinderhaus Bergstraße zur Verfügung und musste nur angebracht werden.

Die Personen sollen bis zum Rückbau des Objekts voraussichtlich im Mai kommenden Jahres dort untergebracht werden. Bis dahin sind wir auf der Suche nach alternativen Unterkünften für die dort untergebrachten Menschen sowie für weiterhin zugewiesene Personen.

In den nächsten Tagen wird ein weiteres Objekt im Stadtteil Rodheim, angrenzend an Burgholzhausen, angemietet. Dieses wird voraussichtlich mit der Stadt Friedrichsdorf in interkommunaler Zusammenarbeit gemeinsam betrieben. Hier können auf die Stadt Rosbach ca. 15-18 Unterbringungsplätze entfallen.

Da bislang keine Informationen vorliegen, wie sich das Aufnahmesoll im kommenden Jahr entwickeln wird, kann nur von den bisherigen Zuweisungen eine Tendenz abgeleitet werden.

Aus diesem Grund wird weiterhin nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Die nun seit knapp zwei Jahren in Rosbach erfolgreich stattfindende Unterbringung von Flüchtlingen in städtischen Wohnungen und extra dafür angemieteten Wohnungen und Häusern sollte nach Möglichkeit fortgeführt werden. Die Möglichkeit in Containerbauweise Unterkünfte zu schaffen wird derzeit geprüft. Die Unterbringung in öffentlichen Gebäuden, wie Sporthallen und Bürgerhäusern, wird als das letzte Mittel gesehen und spielt demnach in den Planungen nur im äußersten Notfall eine Rolle.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 15. Oktober 2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die Tagesordnungspunkte „Berichtswesen nach § 28 GemHVO - Beschluss der STVV vom 4. Dez. 2012 - 3. Quartal 2015“, „Haushaltsführung 2016, mittelfristige Finanzplanung bis 2019, Vorbereitende Beratung des Investitionsprogrammes 2015-2019, Erste Prognose Ergebnishaushalt 2016-2019“ sowie „Investorenauswahlverfahren „Die Sang“, Wahl eines Ausschussvertreters in die Verhandlungsgruppe“ behandelt worden.

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 13. Oktober 2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die Tagesordnungspunkte „Forstwirtschaft, Beschlussfassung des Waldwirtschaftsplanes 2016“ und „Bestimmung/Wahl eines Mitgliedes aus dem Umwelt- und Planungsausschuss in das vorbereitende Gremium Investorenauswahlverfahren Die Sang“ behandelt worden.

Top 2 Kleine Anfragen

Eine Anfrage von Herrn Harff liegt vor.

In einer der letzten Sitzungen wurde über die Beschaffung von Tablett-PCs für Mandatsträger gesprochen. Damit soll ein Ratsinformationssystem (RIS) abgefragt werden können.

Auch für Ratsinformationssysteme gibt es mehrere Lösungen unterschiedlicher Anbieter. Einige davon arbeiten plattformbezogen und bieten dadurch eine gute Unterstützung nur für das jeweils gestützte Betriebssystem (Apple iOS, Windows, Android). Zur umfänglichen Nutzung werden Apps erforderlich die dann nicht für alle Betriebssysteme (oft nur Apple iOS) existieren. Diese Lösungen sind also eingeschränkt. Bei Verwendung einer eingeschränkten Lösung, oft nur für relativ teure Geräte angeboten, werden die Mandatsträger möglicherweise gezwungen zwei Tabletts zu unterhalten, oder ihre anderen Nutzungen ebenfalls auf dieses Betriebssystem umzustellen, was ggf. mit dem des Arbeitsgebers konkurriert und doch wieder zu zwei Geräten führt. Richtig bescheiden wird es, wenn wie anderenorts, als nächster Schritt eine darauf aufbauende Bürgerinformation implementiert werden soll. Auch hier werden dann nicht alle verbreiteten Betriebssysteme unterstützt. Dann würden alle Bürger welche sich nicht für ein hochpreisiges Gerät entscheiden (können) aus diesem System ausgeschlossen. Aufgrund meiner Erfahrung ist davon auszugehen, dass eine eingeschränkte Lösung in ihrer Gesamtheit höhere Kosten bei fraglicher Akzeptanz nach sich zieht.

Deshalb frage ich:

- Welches Produkt von welches Herstellers soll für das RIS verwendet werden?
- Ist dies eine eingeschränkte Lösung?

Wird durch das RIS die bestehende kommunale Softwarelösung erweitert, kommt also vom gleichen Anbieter, frage ich ergänzend:

- Wieweit ist das System bereits eingeführt?
- Gibt es Alternativen für die Funktion RIS?

Bürgermeister Alber beantwortet die Anfrage:

Die Städte und Gemeinde Niddatal, Rosbach v.d.Höhe und Wöllstadt haben sich gemeinsam mehrere Softwareprogramme für den Sitzungsdienst / Ratsinformationssystem angesehen.

Bei der Software handelt es sich um ein Programm zur Verwaltung des gesamten Sitzungsdienstes inkl. Einladung, Protokollierung, Archivierung.

Die Dokumentierung erfolgt auf drei Ebenen. Verwaltungsintern, Gremienzugriff (Intranet), Öffentlichkeit (Internet).

Überzeugt hat alle drei Kommunen das Softwareprogramm ALLRIS von der Firma CC e-gov GmbH. CC e-gov GmbH ist ein Partner der Finanzsoftware mpsNF und der Archivierungssoftware CCDMS. Beide Programme werden bereits in der Verwaltung eingesetzt. Die Programme mpsNF, CCDMS und ALLRIS sind aufeinander abgestimmt und lassen sich zu einer perfekten

Gesamtlösung in Bezug auf Finanzen, elektronischer Archivierung und Sitzungsdienst für die Verwaltung verknüpfen.

Zu den Fragen von Herrn Harff:

- Welches Produkt von welchem Herstellers soll für das RIS verwendet werden?

ALLRIS von der Firma CC e-gov GmbH aus Hamburg

- Ist dies eine eingeschränkte Lösung?

ALLRIS unterstützt die Betriebssysteme von Apple iOS, Windows oder Android.

- Wieweit ist das System bereits eingeführt?

Die Einrichtungen sowie die Schulungen der Mitarbeiter ist erfolgt. Einführung „intern“ Januar 2016. Programmnutzung zur neuen Legislaturperiode (Gremienzugriff).

- Gibt es Alternativen für die Funktion RIS?

Bei der Software handelt es sich um ein Programm zur Verwaltung des gesamten Sitzungsdienstes inkl. Einladung, Protokollierung, Archivierung.

Top 3

Haushaltsführung 2016 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019

- Einbringung des Entwurfs

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Entwurf des Haushaltes 2016 zur weiteren Beratung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und des Umwelt- und Planungsausschusses. Die Ortsbeiräte sind zu beteiligen.“

Der Bürgermeister erläutert mithilfe eines Schaubildes die Investitionen des kommunalen Haushaltes 2016. Die Eckpunkte sind nachfolgende aufgeführt.

Investitionsprogramm 2016-2019

- ✓ 2016 – 2019 ein Volumen von rd. 37,5 Millionen Euro
- ✓ Abbau von Sanierungsstau in Straßen und Gebäuden
- ✓ Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten
- ✓ gleichzeitig weitere Entschuldung um rd. 2,6 Mio Euro

Größte Investitionen sind

- Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten (9,6 Mio.)
- Straßenbauprogramm zum Abbau Sanierungsstau (6,3 Mio.)
- Straßenneubau (8,5 Mio.)
- Ausgleichsmaßnahmen (1,0Mio)
- Neubau Kita Sang (2,5 Mio.)
- Sanierung/Neubau Sporthalle Eisenkrain (4,08 Mio.)
- Feuerwehr (Fzg.+Gebäude –460 T€)

- Ausbau weitere Radwege (260 T€)

Gedankenstütze:

- Entwicklung Baugebiet Die Sang (Investorenwettbewerb, Erschließung)
- Entwicklung Obergärten II (Neubau Markt zur Nahversorgung/Verlegung Sportgelände)
- Gewerbegebiet BA II (Vermarktungsstand)

Ergebnishaushalt 2016 (rd. 25,9 Millionen Euro)

2016 -2019 Ausgeglicherer Haushalt mit leichter Überschussplanung

Im Sommer noch mit Grundsteuer B – Anstieg auf 600 % gerechnet. Durch weitere Einsparungen und unvorhersehbarer Schlüsselzuweisung des Landes für 2016 ist eine Anpassung auf 520 % auskömmlich, aber auch notwendig.

Im Einzelnen finanzieren wir dabei aus Steuermitteln:

Kinderbetreuung	3,9 Mio
Freibad Rodheim	120.000
Brandschutz	290.000
Seniorenarbeit	20.000
Ortsfeste	90.000
Spielplätze	120.000
Straßenunterhaltung	160.000
ÖPNV- Nachttaxi/Schiene	75.000
Bürgerhäuser	320.000
Vereinsförderung	63.000
Jugendförderung	125.000

Sonderthema Flüchtlingsunterbringung

Ist im Haushalt mit Aufwand und Ertrag mit 720.000 € veranschlagt, die Annahme ist dass diese vollständig durch Land bzw. Kreis finanziert werden muss. Keine eigenen Mittel der Kommune sind hier vorgesehen.

Anpassung Grundsteuer B

- Mehreinnahme von 687.000 €, verbleibt zu 100 Prozent bei der Stadt Rosbach v.d.H., da über dem Nivellierungshebesatz, Verwendung siehe oben.
- Erlass des Landes Hessen vom 21.09.15 schreibt vor, dass defizitäre Haushalte die Grdst. B mind. 10 % über dem Landesdurchschnitt festsetzen müssen. Bedeutet mind.

453 Prozentpunkte. Zusätzlich ist der Konsolidierungspfad von 40 € - 75 € je Einwohner einzuhalten.

- Dann wäre die Stadt aber in den nächsten Jahren weiter defizitär und könnte sich nicht aus der Unterdeckung befreien.

Beispiele zur Grundsteuer B

15 Mustergrundstücke/Realverkäufe 2015 (aus Straßenbauprogramm),

Grdst B für 400/520/600

Straßenbeitrag

Kumulierte Gesamtabgabe aus beidem im Verhältnis zum Grundstückswert

KFA

Grundbetrag je Einwohner im Sommer gerechnet mit 1.069 €

Erlass vom 6.10.2015 liegt bei 1.184 €

Grundprinzip das Problem, da immer geschreddert wird im Thüringer Korridormodell, egal wie sparsam die Kommune ist. (Altes System rd. 140.000 € mehr gegenüber Darstellung Land Hessen 1.052 € vs. 1.184 €)

Herr Egerter (CDU) fragt nach den Personalkosten?

Der Bürgermeister informiert, dass diese sich auf ein Gesamtvolumen von ca. 8,9 Mio. Euro belaufen. Die genauen Zahlen können im Nachgang zur Sitzung zur Verfügung gestellt werden bzw. aus dem Haushalt 2016 entnommen werden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Magistratsvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die Magistratsvorlage ist beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss überwiesen. Die Ortsbeiräte sind zu beteiligen.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden gemeinsam behandelt.

Top 4

Wiederkehrende Straßenbeiträge

- Bauprogramm für die Abrechnungsperiode 2016 bis 2020

Top 5

Wiederkehrende Straßenbeiträge 2016 – 2020

- Beschlussfassung der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBS)

Herr Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) ist der Meinung, dass das politische Ziel ein ausgeglichener Haushalt sein sollte und somit die Straßenbeiträge wieder außer Kraft zu setzen sind.

Herr Jacobi (FDP) teilt mit, dass aufgrund der vorgelegten Straßenbeitragssatzung die Rodheimer Bürger/innen bis zu ¼ mehr zu bezahlen haben als Bürger/innen aus Ober- und Nieder-Rosbach. Es sei notwendig, den dauerdefizitären Haushalt endlich auszugleichen, damit in 5 Jahren die Straßenbeitragssatzung wieder abgeschafft werden könne. Schwerlich vermittelbar sei, dass ansonsten in Rodheim mit hier deutlich erhöhten Sanierungsbedarfen mehr als die doppelte Höhe wie in Rosbach gezahlt werden müsse.

Herr Dr. Rathjens (SPD) gibt zu bedenken, dass die einzelnen Abrechnungsgebiete den Unterschied der Kosten bezüglich den drei Stadtgebieten ausmachen können.

Herr Egerter (CDU) ist der Meinung, dass das Ziel ein ausgeglichener Haushalt sein sollte um in fünf Jahren keine Straßenbeitragsgebühren mehr erheben zu müssen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke lässt über die beiden Tagesordnungspunkte getrennt abstimmen.

Top 4 Wiederkehrende Straßenbeiträge - Bauprogramm für die Abrechnungsperiode 2016 bis 2020

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Das Straßenbauprogramm für die Jahre 2016 bis 2020 in der Fassung vom 31.08.2015 (Anlage) mit einem Gesamtausbauvolumen in Höhe von 6.300.000 € wird beschlossen.

Damit werden folgende Straßen mittels wiederkehrender Straßenbeiträge ausgebaut:

Rodheim:	von	bis
An der Mergel		
Katharinengasse		
Klappergasse		
Königstr. (1/2)	Hauptstraße	Fußweg Kita's
Königstr. (2/2)	Fußweg Kita's	Junkergasse
Mauergasse (2/2)	Rosbacher Straße	Grabengasse
Neue Straße (1/3)	Holzhäuser Straße	Junkergasse
Wetterastr. (3/3)	Wetterastr. (2/3)	Nieder-Wöllstädter Str.

Ober-Rosbach:	von	bis
Adolf-Reichwein-Str.		
Butzbacher Pfad (2/2)	Taunusstraße	Straßheimer Weg
Hopfengartenstr. (1/2) (alter Teil)	Friedberger Straße	Fuhrstraße
Raiffeisenstr. (2/4) (Kreuzung)	Kreuz. Robert-Bosch-Str.	
Schützenrain (2/3)	Butzbacher Pfad	Hopfengartenstraße
Am Kirschenberg		
Am Pfingstborn (2/2)	Wasserwerk	Wendehammer
Am Salzberg		
Baidergasse		
Bleichstr.		

Limesstr.
Querstr.

Nieder-Rosbach:	von	bis
Gerh.-Hauptmann-Str.		
Taunusblick (1/2)	DB-Strecke	Errlichspfad
Errlichspfad (1/2)	Rodheimer Straße	Taunusblick
Errlichspfad (2/2)	Taunusblick	Am Rosbach
Schulstr. (3/4)	Frankenstraße	Haingraben“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Magistratsvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **25 Ja-Stimmen**
(7 SPD, 1 Herr Harff, 2 FDP, 3 puR, 8 CDU, 4 FWG)
4 Enthaltungen
(4 Grüne)

Die Magistratsvorlage ist beschossen.

Top 5
Wiederkehrende Straßenbeiträge 2016 – 2020
- Beschlussfassung der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBS)

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge [WStrBS] wird beschlossen. Die Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Die Beitragssätze für den Abrechnungszeitraum 2016-2020 ergeben sich aus dem Straßenbauprogramm und betragen jährlich:

Abrechnungsgebiet 1 (Rodheim)	0,298 €/m ² Veranlagungsfläche
Abrechnungsgebiet 2 (Ober-Rosbach)	0,268 €/m ² Veranlagungsfläche
Abrechnungsgebiet 3 (Nieder-Rosbach)	0,240 €/m ² Veranlagungsfläche“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Magistratsvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **25 Ja-Stimmen**
(7 SPD, 1 Herr Harff, 2 FDP, 3 puR, 8 CDU, 4 FWG)
4 Enthaltungen
(4 Grüne)

Die Magistratsvorlage ist beschossen.

Top 6
Forstwirtschaft
- Beschlussfassung des Waldwirtschaftsplanes 2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Der Waldwirtschaftsplan 2016 mit einer Ertragserwartung in Höhe von 554.100 Euro und einem Gesamtaufwandsvolumen in Höhe von 438.400 Euro wird beschlossen.

Der Waldwirtschaftsplan weist ein Ergebnis / Überschuss in Höhe von 115.700 Euro aus.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Magistratsvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 7

Wahl eines Ortsgerichtsschöffen im Ortsbezirk Rosbach v.d. Höhe II (Rodheim)

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Mathias Hirndorf, geb. am 21.05.1965 zum Ortsgerichtsschöffen im Ortsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe II (Rodheim).“

Da niemand widerspricht, erfolgt die Wahl per Handaufheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig wird Herr Mathias Hirndorf gewählt

Top 8

Beratung der Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Rosbach v.d.Höhe - Erneute Beratung nach dem Widerspruch des BGM gegen den Beschluss der STVV vom 21.07.2015

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Die Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuersatzung im Gebiet der Stadt Rosbach v.d.Höhe, Entwurfsstand 17.September 2015, wird beschlossen.“

Herr Jacobi (FDP) betont, dass alle inhaltlichen Aspekte bereits ausführlich debattiert worden seien. Er bedauert, dass trotz einhelliger Aufforderung aller Fraktionen von dem Bürgermeister die von ihm angeforderten Stellungnahmen wegen einer angeblich fehlenden Schlussabstimmung nicht vorgelegt wurden.

Herr Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert ebenfalls, dass die Stellungnahme bezüglich des Widerspruchs nicht den Stadtverordneten vorgelegt wurde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legen eine Hundesteuersatzung auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juli 2015 vor. Diese ist dem Protokoll beigelegt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen (Entwurf einer Hundesteuersatzung auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juli 2015) abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
(2 FDP, 4 Grüne, 8 CDU)

14 Nein-Stimmen

(7 SPD, 3 puR, 4 FWG)

1 Enthaltungen

(Herr Harff)

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen ist abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Magistratsvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen

(6 SPD, 3 puR, 4 FWG)

15 Nein-Stimmen

(1 Herr Harff, 2 FDP, 4 Grüne, 8 CDU)

1 Enthaltungen

(1 SPD)

Die Magistratsvorlage ist abgelehnt.

Top 9

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2015

- Wegweisende Beschilderung zum Rodheimer Schwimmbad

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, rechtzeitig vor Beginn der Schwimmbadsaison 2016 das Rodheimer Schwimmbad an geeigneten Stellen durch Wegweiser in die Ortsbeschilderung aufzunehmen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Top 10

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2015

- Besserer Verkehrsfluss im Stadtgebiet

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zum besseren Verkehrsfluss im Stadtgebiet vorzulegen. Insbesondere ist darzulegen, wie die flüssige Verkehrsabwicklung am Knoten Süden nach Realisierung des Neubaugebietes Sang gewährleistet wird sowie die Verkehrssituation am Knoten Mitte verbessert werden kann.“

Herr Egerter (CDU) teilt mit, dass dieser Antrag ein Baustein für den zukünftigen Stadtentwicklungsplan zusammen mit TOP 15 (Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2015, radgerechtes Rosbach) sei. Er schlägt die Überweisung an den Umwelt- und Planungsausschuss vor.

Herr Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) sieht den Antrag ebenfalls verknüpft mit dem Antrag der SPD (TOP 15). Er schlägt eine Überweisung zusätzlich noch an den Haupt- und Finanzausschuss vor.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Umwelt- und Planungsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung überwiesen**

Top 11

Anfrage der Bündnis90/Die Grünen Fraktion vom 16.09.2015 - Einbruchdiebstahl im Rathaus 26./27. August 2015

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Anfrage der Bündnis90/Die Grünen Fraktion vor:

„Laut Presseberichten wurde bei dem Einbruch im Rathaus in der Nacht vom 26. auf den 27. August 2015 unter anderem Bargeld in Höhe von 6.500 Euro erbeutet.

Wir fragen hierzu den Magistrat:

- 1. Welche Bargeschäfte tätigt die Stadtverwaltung in Rosbach in Zeiten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die Bargeldbestände in Höhe von 6.500 Euro notwendig erscheinen lassen?*
- 2. Wie waren die Bargeldbestände gesichert?
a) Um wie viele einzelne Bargeldkassetten handelte es sich?
b) Welche Beträge waren jeweils in den einzelnen Bargeldkassetten enthalten
c) Wie waren die Bargeldkassetten in den einzelnen Büroräumen jeweils untergebracht und gesichert*
- 3. Warum wurden die Bargeldbestände nicht über Nacht in einen besonders gesicherten Tresor gebracht, oder, wie bei allen Betrieben mit erhöhtem Bargeldumsatz üblich, abends auf der Bank eingezahlt?*
- 4. In wie weit sind die Schäden (Sach- und Vermögensschäden) von einer Versicherung gedeckt?*
- 5. Welche organisatorischen und technischen Maßnahmen wurden mittlerweile ergriffen, um die Wiederholung eines solchen Schadenfalles auszuschließen bzw. den Schaden zu minimieren?“*

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In der Nacht vom 26. auf den 27. August 2015 wurde ins Rathaus der Stadt eingebrochen, ein Teil der Zimmer/Schränke wurde aufgebrochen/durchsucht. Hierbei entstand ein noch nicht abschließend vom Versicherungsträger fixierter Sachschaden, Bargeld in Höhe von 5.662,45 € wurde entwendet.

Bei dem Sachschaden ist insbesondere auf einen total beschädigten Tagestresor und Sachbeschädigungen in Räumen und Fluren zu verweisen.

Entwendet wurden sechs einzelne Gebührenkassen, die „über Nacht“ entgegen der dienstlichen Anweisung nicht im Tresor der Stadt verwahrt wurden.

Im Tresor sind nach den bestehenden Versicherungsbedingungen Bargeldbestände bis zu Höhe von 30.000 € versichert.

Ein Teil der Gebührenzahlungen in den Verwaltungsbereichen Bürgeramt, Standesamt und Ordnungsverwaltung wird von den Gebührenpflichtigen bar geleistet. Alle städtischen Zahlstellen im Rathaus verfügen über die Möglichkeit des bargeldlosen Zahlungsverfahrens, dies wird aber nicht in allen Fällen von den Gebührenzahlern genutzt.

Das versicherungsrechtliche Kostenübernahmeverfahren ist noch nicht abgeschlossen, die polizeilichen Ermittlungen laufen noch. Weitere Informationen können daher nicht erfolgen.

Top 12

Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2015

- Änderung der Kindertagesatzung vom 24.06.2014, Betreuungsstatus beim Schuleintritt

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FDP-Fraktion vor:

„1.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe möge die folgende Änderung der Satzung beschließen:

In § 10 Abs. 3 der Kindertagesstätten Satzung wird als letzten Satz angefügt: „Auf Antrag von Eltern kann ein Kind bis zu dessen ersten Schultag den Kindertagesstätten-Betreuungsstatus beibehalten.“

2.

Die Satzungsänderung erfolgt in dieser Wahlperiode und tritt am 1. Januar 2016 in Kraft. Die Stadtverordneten beschließen, dass diese Satzungsänderung vor dem am 1. August 2016 beginnenden „neuen Kindergartenjahr“ zu veröffentlichen ist, eventuell gemeinsam mit einer dann verabschiedeten weiteren Gebührenanpassung.“

Herr Jacobi beantragt die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig an den
Haupt- und Finanzausschuss
überwiesen**

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetensammlung ist erreicht.

Folgende Tagesordnungspunkte werden nicht mehr behandelt.

Top 13

Antrag der FDP-Fraktion vom 12.10.2015

- Einrichtung Internetseite „Mängelbeseitigung“ und Beschwerdemanagement

Top 14

Antrag der FWG-Fraktion vom 20.10.2015
- Resolution: Erhalt des Freibads in Rodheim

Top 15
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2015
- Radgerechtes Rosbach

Ende der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:45 Uhr.

Rosbach v.d.Höhe, den 23.11.2015

Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin

Andreas Kraus
Schriftführer